

# Vehemente Gegner ausgeschlossen

Westast-Debatte: Gabriela Neuhaus ist der Kopf der Interessengemeinschaft Hüb Sorg zur Stadt. In der Reflexionsgruppe zur Bieler Autobahn darf sie ab sofort nicht mehr mitreden.

Deborah Balmer

«Ich habe soeben eine Mail erhalten: Die Interessengemeinschaft Hüb Sorg zur Stadt wird aus der Reflexionsgruppe geschmissen. Dies nach fast zwei Jahren Reflexionsgruppenarbeit, in denen wir uns stets konstruktiv in die Gruppe eingebracht haben.» Das hat die Bieler Journalistin Gabriela Neuhaus, Kopf der IG, dem BT gestern geschrieben. Sie kann es nicht ganz begreifen: Für den 15. März sei schon seit Längerem eine «Informations-Sitzung» zum Wie-Weiter mit der Reflexionsgruppe angekündigt gewesen, «zu der wir noch eingeladen waren».

Begründet wird der Rauschmiss damit, dass die drei Vertreterinnen und Vertreter der IG damals den Schlussbericht aus dem Dialogprozess Westast Biel nicht unterschrieben haben. «Wir waren stets für eine Nulllösung. Nach unserer Einschätzung ist es im 21. Jahrhundert und angesichts des Klimawandels nicht mehr zeitgemäss, Autobahnen zu bauen, egal, wo sie verlaufen», sagt Gabriela Neuhaus.

## Kein Ja zum Schlussbericht

In der Mail, die dem BT vorliegt, steht zur Begründung des Rauswurfs: In den letzten Wochen habe man intensiv an der Neuausrichtung der bisherigen Reflexionsgruppe gearbeitet. «Eine der Neuerungen betrifft die Zustimmung zum Schlussbericht aus dem Dialogprozess Westast Biel. Bisher war umstritten, ob die Zustimmung für die Mitwirkung in der Reflexionsgruppe erforderlich sein soll.» Nach zahlreichen Gesprächen mit verschiedenen betroffenen Gruppierungen habe sich herausgestellt, dass die Anerkennung des Schlussberichts eine wesentliche Vorausset-



Die Bevölkerung bodigte in Biel das geplante Autobahnprojekt. Seither wird diskutiert, wie es stattdessen weitergehen soll.

Bild: Matthias Käser

zung für die Mitwirkung im neuen Gremium sein müsse.

Da die IG den Schlussbericht nicht unterzeichnet habe, «werden Sie und die anderen Vertreterinnen und Vertreter der IG im neuen Gremium künftig leider nicht mehr mitwirken können». Unterzeichnet hat die Mail der Moderator der Reflexionsgruppe, Hansjörg Ryser. Die Entscheidung gefällt hat die Behördendelegation mit Vertretern wie Biels Stadtpräsident Erich Fehr (SP) oder Nidaus Stadtpräsidentin Sandra Hess (FDP), aber auch dem kantonalen Baudirektor Christoph Neuhaus (SVP).

Laut Gabriela Neuhaus war stets klar – und es sei auch so vereinbart gewesen –, dass sich die IG-Mitglieder nicht zu möglichen Autobahnlösungen wie dem Juratunnel oder der Seelandtangente äussern. «Wir sind aber überzeugt, dass es zuerst die kurz- und mittelfristigen Massnahmen braucht – erst dann soll wieder über eine Autobahn nachgedacht werden. Dazu sind wir stets gestanden.»

## Unstimmigkeiten

Ein Blick zurück: Im Dezember 2020 konnten die Autobahngegner endlich aufatmen, denn

das Bieler Westastprojekt war nach zahlreichen Diskussionen und Demonstrationen der Bevölkerung offiziell vom Tisch. Erstmals war in der Schweiz ein baureifes Autobahnprojekt durch die Bevölkerung gestoppt worden. In einem Dialogprozess war ein breit abgestützter Kompromiss erarbeitet worden.

Doch wie geht es mit der Stadtentwicklung weiter? Wie sieht Mobilität in Biel und Nidau ohne die Autobahnumfahrung im Westen Biels aus? Wo soll eine Autobahn allenfalls alternativ durchführen? Welche kurz- und mittelfristigen Massnahmen

sollen ergriffen werden, um den städtischen Verkehr zu beruhigen? Darüber ist seit Frühling 2021 in der sogenannten Reflexionsgruppe immer wieder diskutiert worden. Diese hat, wie es der Name besagt, eine reflektierende Funktion. Über konkrete Projekte wird darin nicht entschieden.

Doch es kommt immer wieder zu Unstimmigkeiten: Während die früheren Autobahnbefürworter über eine Seelandtangente oder eine Jura-Variante nachdenken und deren frühzeitige Planung begrüßen würden, geht es den früheren Autobahngegnerinnen viel mehr um die

kurz- und mittelfristigen Massnahmen, die den Verkehr schnell beruhigen. Die Planung einer Autobahn ist für sie weniger wichtig. Das trifft besonders auf die IG «Hüb Sorg zur Stadt» zu.

Weil es zusätzlich noch zu Zankereien kommt, führt dies zu einer Pause der Treffen der Reflexionsgruppe. Die Rede ist immer wieder auch von einzelnen Querschlägern. Letzten September teilten Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaftsverbände und des TCS mit, dass sie ihre Mitarbeit in der Reflexionsgruppe sistieren. Auch Vertreter des VCS und des Heimatschutzes zogen sich zurück. Eine aktuelle Zusammenarbeit mit einzelnen Exponenten komme für die Organisationen zurzeit nicht infrage, hiess es (das BT berichtete).

## «Wollen sie zurückholen»

Der Moderator der Reflexionsgruppe, Hansjörg Ryser, sagt nun, man versuche bis spätestens im Frühling einen generellen Neustart hinzukriegen. Dazu gehöre, dass nur noch dabei sein dürfe, wer hinter dem Schlussbericht aus dem Westastdialog stehe. Bekräftigt wird das mit einer Unterschrift. Ryser lässt durchblicken, dass dies am Ende nicht die einzige Neuerung sein werde. Neu soll die Mitwirkung in der Reflexionsgruppe auch anderen interessierten Gruppierungen offenstehen. Immer unter der Voraussetzung, dass diese hinter dem Ergebnis des Dialogprozesses stehen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung zu einem Neustart sei zudem, dass sich die Gruppierungen gegenseitig mit Respekt begegnen und an einem lösungsorientierten Dialog interessiert seien. «Das erklärte Ziel ist es, die Organisationen zurückzuholen, die ihre Mitarbeit sistiert haben», sagt Hansjörg Ryser.